

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Inhalt und Methode gewerkschaftlicher Tätigkeiten — eine Bestandsaufnahme	17
<i>Erstes Kapitel: Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland</i>	17
§ 1. Begriff	17
§ 2. Übersicht	18
<i>Zweites Kapitel: Die den Gewerkschaften gesetzlich zugewiesenen Tätigkeitsbereiche</i>	20
§ 3. Systematisierung	20
§ 4. Übersichtstabellen	21
§ 5. Zusammenfassung	30
<i>Drittes Kapitel: Die faktischen Tätigkeitsbereiche der Gewerkschaften</i> ...	31
§ 6. Das Selbstverständnis der Gewerkschaften über die gewerkschaftliche Funktionsbreite	31
A. Allgemeine Gesellschaftsreform als gewerkschaftliche Aufgabe ..	31
B. Gewerkschaften als Hüter der Verfassung	33
C. Die Ausweitung gewerkschaftlicher Aufgaben	34
1. Der DGB	34
2. Der DBB	37
3. Die DAG	37
D. Abgrenzung der Funktion der Gewerkschaften von der Funktion der politischen Parteien	38
E. Die in den Gewerkschaftssatzungen vorgesehenen Aufgaben im einzelnen	39
F. Das Grundsatzprogramm des DGB	40
G. Das Aktionsprogramm des DGB	45
H. Anträge und Entschließungen auf Kongressen und Gewerkschaftstagen	45
1. Einführung	45
2. Einzelne Kongresse	46
3. Zusammenfassung	50

§ 7. Gewerkschaftliche Tätigkeiten gemäß den Geschäfts- und Tätigkeitsberichten	51
A. Der Geschäftsbericht des DGB 1969 - 1971	51
B. Der Tätigkeitsbericht der DAG 1967 - 1971	55
C. Der Geschäftsbericht des DBB 1972	56
D. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	57
§ 8. Die wirtschaftliche Stellung der Gewerkschaften	59
A. Die Beitragseinnahmen	59
B. Die von den Gewerkschaften betriebenen Unternehmen	60
<i>Viertes Kapitel: Die Adressaten gewerkschaftlicher Einflußnahme</i>	62
§ 9. Gewerkschaften und Parlament	62
A. Gewerkschaftsmitglieder im Bundestag	62
1. Das Bundestagsplenum	63
2. Die Bundestagsausschüsse	64
3. Intentionen des DGB	68
B. Gewerkschaftsmitglieder in den Länderparlamenten	69
C. Die institutionelle Beteiligung der Gewerkschaften	70
§ 10. Gewerkschaften und Bundesregierung	70
§ 11. Gewerkschaften und Judikative	73
§ 12. Gewerkschaften und politische Parteien	74
A. Das Selbstverständnis der Gewerkschaften	74
B. Gewerkschaftliche Unterstützung politischer Parteien	75
§ 13. Gewerkschaften und Öffentlichkeit	77
A. Unmittelbare Pressearbeit	77
B. Mittelbare Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	78
§ 14. Gewerkschaften und Arbeitnehmer	79
A. Personeller und materieller Umfang der Interessenvertretung	79
B. Die verbandsinterne Betreuung von Arbeitnehmern	80
1. Betriebsbezogene Arbeit	80
2. Gewährung von Sozialleistungen	80
3. Schulungs- und Bildungsarbeit	81
4. Freizeit- und Ferienbetreuung	83
C. Das Gewerkschaftsbild bei Arbeitnehmern	84
1. Notwendigkeit der Gewerkschaften	84
2. Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmer ..	85
a) Allgemeines	85

Inhaltsverzeichnis	11
b) Der Inhalt der gewerkschaftlichen Interessenvertretung	87
c) Die wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften	90
§ 15. Zusammenfassung	92

Zweiter Teil

Die Beteiligung der Gewerkschaften am Prozeß der Staatswillensbildung	97	
<i>Fünftes Kapitel: Das System der Volks- und Staatswillensbildung</i>		<i>98</i>
§ 16. Einordnung der Gewerkschaften	98	
A. Differenzierung	98	
B. Standort der Gewerkschaften	100	
C. Art der gewerkschaftlichen Partizipation	101	
§ 17. Gewerkschaftliche Partizipation und Gemeinwohl	102	
A. Gemeinwohl in einer pluralistisch strukturierten Gesellschaft	102	
B. Gemeinwohlkonkretisierung	107	
<i>Sechstes Kapitel: Inhalt und Grenzen gewerkschaftlicher Beteiligung unter dem Aspekt des Demokratiegebots — Art. 20 II GG</i>		<i>109</i>
§ 18. Das Erfordernis demokratischer Legitimation für die Ausübung von Staatsgewalt	109	
A. Einführung	109	
B. Legitimationsfunktionen	110	
C. Gewerkschaftliche Beteiligung als Problem zusätzlicher Legiti- mation	110	
1. Gesetzgebung und Regierung	110	
2. Verwaltung	111	
3. Zur Legitimationsbedeutung der Tarifautonomie	114	
a) Das Verhältnis zwischen Tarifautonomie und Staatsgewalt	114	
b) Legitimationsbedeutung gewerkschaftlicher Beteiligung an der tarifvertraglichen Rechtsetzung	119	
4. Die soziale Selbstverwaltung	120	
5. Die Repräsentation organisierter Interessen	122	
a) Theorie der Repräsentationsfunktion von Interessenver- bänden und ihre Kritiker	122	
b) Bedeutung der Interessenrepräsentation für die Legitima- tion staatlicher Machtausübung	125	
c) Ergebnis	126	
D. Gewerkschaftliche Beteiligung als Problem der Erhaltung demo- kratischer Legitimation	127	
1. Gewerkschaften als politisch mächtige Wirkungseinheiten	127	

2. Problemlage	128
3. Mittel zur Erhaltung konstitutionell-demokratischer Legitimation	130
a) Die Rechtsprechung des BVerfG zur Satzungsbefugnis öffentlich-rechtlicher Berufsverbände	130
b) Anwendung auf die gewerkschaftliche Beteiligung an der Staatswillensbildung	131
c) Ständestaatliche Tendenzen als Gefahren für die grundgesetzliche Staatswillensbildung	134
4. Anwendung der Begrenzungsmethode auf die gewerkschaftliche Beteiligung an der Staatswillensbildung	138
a) Gewerkschaftliche Beteiligung an der Tätigkeit der Gesetzgebungsorgane des Bundes und der Länder	138
aa) Beteiligungsformen	138
bb) Beteiligungsbegrenzung durch Art. 9 III GG	140
cc) Weitere Begrenzung	144
b) Gewerkschaftliche Beteiligung an der Regierung und der unmittelbaren Staatsverwaltung	145
c) Gewerkschaftliche Beteiligung an der Tätigkeit der mittelbaren Staatsverwaltung	151
d) Gewerkschaftliche Beteiligung an der Rechtsprechung	152
§ 19. Das Nutzbarmachen gesellschaftlicher Initiative und gesellschaftlichen Sachverständes	153
A. Einführung	153
B. Sachverständ und Verbandstätigkeit	154
1. Interessenbezogenheit und Sachlichkeit	155
2. Ergebnis	157
C. Grenzen gewerkschaftlicher Beteiligung	158
1. Sachangemessene Beteiligung	158
2. Typische Arbeitnehmerinteressen als personelle Grenze	159
3. Organisatorische Grenze	159
D. Konkretisierung der Begrenzungsmethoden	160
§ 20. Gewerkschaftliche Einflußnahme und demokratische Transparenz ..	162
A. Transparenz und Demokratie	162
B. Die Einflußnahme auf Parlament und Regierung	163
C. Die Einflußnahme auf die Verwaltung	164
§ 21. Gewerkschaftliche Beteiligung und Grundrechte	165
A. Grundrechte und Partizipationsanspruch	165
B. Grundrechte und Partizipationsgrenzen	167
1. Die Rundfunkfreiheit — Art. 5 I Satz 2 GG	167
2. Die Wissenschaftsfreiheit — Art. 5 III GG	168

<i>Siebentes Kapitel: Inhalt und Grenzen gewerkschaftlicher Beteiligung unter dem Aspekt der Rechtsstaatlichkeit</i>	169
§ 22. Rechtsstaatliche Prinzipien	169
§ 23. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Beteiligung für die Sicherung der Grundrechte	170
A. Gewerkschaftliche Mindestbeteiligung	170
B. Grenzen gewerkschaftlicher Beteiligung	171
C. Konkretisierung der Beteiligungsgrenzen	172
§ 24. Gewerkschaftliche Beteiligung unter dem Pramat des Rechts	173
A. Betroffenenpartizipation und Gewerkschaften	173
B. Mindestbeteiligung und Beteiligungsgrenzen	175
C. Die Verwaltung der Deutschen Bundespost als Beispiel	177
§ 25. Gewerkschaftliche Beteiligung unter dem Grundsatz der Gewaltenteilung — Art. 20 II Satz 2 GG	178
A. Gewaltenteilung und Verbandstätigkeit	178
1. Zuweisung staatlicher Gewalt und Staatsorgane	178
2. Funktionssicherung der Staatsgewalten	180
a) Allgemeines	180
b) Gefahren und Nutzen des Verbandswirkens für das Ziel der Gewaltenteilung	180
c) „Staat im Staate“	182
d) Staatliche Gemeinwohlrealisierung	184
B. Grenzen der Einbeziehung der Gewerkschaften in die Staatswillebildung	186
1. Folgerungen aus Inhalt und Zweck der Gewaltenteilung	186
2. Beispiele	188
§ 26. Gewerkschaftliche Beteiligung unter dem Gebot der Voraussehbarkeit staatlicher Machtausübung	190
A. Voraussehbarkeit und Transparenz staatlicher Machtausübung ..	190
B. Partizipation und Voraussehbarkeit	191
C. Mindestbeteiligung und Grenzen gewerkschaftlicher Beteiligung	193
<i>Achtes Kapitel: Inhalt und Grenzen gewerkschaftlicher Beteiligung unter dem Aspekt der Sozialstaatlichkeit — Art. 20 I/28 I GG</i>	194
§ 27. Grundsätze der Sozialstaatlichkeit	194
§ 28. Mindestbeteiligung der Gewerkschaften	194
A. Partizipationsfolgerungen aus dem Gedanken der „sozialen Selbstverwaltung“	194
B. Partizipationsfolgerungen aus dem Verlust gesellschaftlicher Funktionen	195

C. Kriterien gewerkschaftlicher Mindestbeteiligung im einzelnen ..	197
1. Schutz der sozial Schwachen	197
2. Soziale Gestaltungsfunktionen	198
3. Folgerung	199
§ 29. Kriterien für die Begrenzung gewerkschaftlicher Beteiligung	199
A. Bürgergerechte Daseinsvorsorge	199
B. Die verbandsinterne Willensbildung	201
C. Sozialstaatliche Funktionen des Gesetzgebers	202
D. Sozialstaatliche Sachbereiche	202
§ 30. Anwendung der Begrenzungskriterien	204
A. Gesetzgebung	204
B. Regierung und Verwaltung	204
C. Rechtsprechung	205
§ 31. Zusammenfassung	205

Dritter Teil

Die Mitwirkung der Gewerkschaften am Prozeß der Volkswillensbildung	209
<i>Neuntes Kapitel: Grenzen der gewerkschaftlichen Meinungsfreiheit im betrieblichen und überbetrieblichen Bereich</i>	209
§ 32. Allgemeines: Grundrechte und Gewerkschaftspartizipation	209
§ 33. Die bestehende gesetzliche Rechtslage	210
A. Der betriebliche Bereich	210
B. Der überbetriebliche Bereich	210
§ 34. Verfassungsrechtliche Überprüfung der gesetzlichen Rechtslage	211
A. Die Koalitionsfreiheit — Art. 9 III GG	211
B. Die Beschränkung der Meinungsfreiheit — Art. 5 I GG — durch das BetrVerfG	212
1. Konkurrenz zwischen Art. 5 I und Art. 9 III GG	212
2. Geltung von Art. 5 I GG für Gewerkschaften	213
3. Das BetrVerfG als allgemeines Gesetz i. S. v. Art. 5 II GG	214
4. Ergebnis	217
<i>Zehntes Kapitel: Grenzen politischer Handlungsweisen der Gewerkschaften im außerbetrieblichen gesellschaftlichen Bereich</i>	218
§ 35. Die politische Tätigkeit der Gewerkschaften im Hinblick auf die Koalitionsfreiheit — Art. 9 III GG	218
A. Der Umfang des Freiheitsbereichs	218

B. Politisch umfassende Tätigkeit der Gewerkschaften im Licht der koalitionsrechtlichen Beitrittsfreiheit	220
§ 36. Die politische Tätigkeit der Gewerkschaften im Hinblick auf die Meinungsfreiheit — Art. 5 I GG	223
A. Problemstellung	223
B. Vorteile umfassender politischer Gewerkschaftstätigkeit	224
C. Gefahren	225
D. Die Theorie der „Repräsentation organisierter Interessen“	227
E. Herstellung praktischer Konkordanz	227
§ 37. Die politische Tätigkeit der Gewerkschaften im Hinblick auf ihre öffentliche Aufgabe	228
A. Vergleich zwischen politischen Parteien und Gewerkschaften	228
B. Die Stellung der politischen Parteien in der Volks- und Staatswillensbildung	229
C. Konsequenzen für Stellung und Funktion der Gewerkschaften im Prozeß der Volkswillensbildung	231
D. Weitere Konsequenzen aus der öffentlichen Funktion der Gewerkschaften	233
1. Vergleich zur öffentlichen Funktion der Pressefreiheit	233
2. Rechtstaatliche Beschränkung öffentlicher Macht	234
3. Vergleich zu öffentlich-rechtlichen Berufskörperschaften	234
§ 38. Schlußfolgerungen und rechtspolitischer Ausblick	235
Literaturverzeichnis	237